Mittwoch, 18. Januar. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 6484. Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Rℓ 15 Sgr. Auswärts 1 Rℓ 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung. 1871.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 17. Jan., 8 Uhr Abends.

Offizielle militärische Nachrichten.

Versailles, 17. Jan. General v. Werder behauptete sich auch am 16. in seiner Stellung südlich Belfort gegen erneuerte Angriffe des Feindes. General Schmidt drang in der Verfolgung des Feindes, welcher auf Laval zurückgeht, bis über Vaiges vor und machte wieder über 2000 Gefangene. Alencon wurde in der Nacht vom 16. zum 17. nach leichtem Gefechte besetzt.

v. Podbielski.

Angekommen den 17. Jan., 9 Uhr Abends.

Bern, 17. Jan., Abends. Von dem Commandirenden der Schweizer Truppen in Pruntrut geht die amtliche Meldung ein, daß heute wiederum auf der ganzen Linie Kämpfe stattfinden.

Angekommen den 17. Januar, 5 Uhr Abends.

Berlin, 17. Jan. Der Handelsminister legte einen Gesetzentwurf vor, betr. eine Anleihe von ⅓ Mill. Thlr. zur Vermehrung der Betriebsmittel der Staatsbahnen und von 3½ Mill. zur Erbauung der Eisenbahn Hanau-Offenbach; ferner eine Strandordnung für die Provinzen Preußen und Pommern. (Wiederholt.)

Gambetta und Lanfrey.

Mit unglaublicher Energie und in seiner Wirkung auf das Volk auch mit unglaublichem Erfolge hat Gambetta bisher die Geschicke Frankreichs gelenkt. Er, der beredteste Vorkämpfer der Volkssouveränetät, der Anwalt für das allgemeine Stimmrecht in seiner unbeschränktesten Ausdehnung hat sich ohne jedes Mandat der Tyrannei bemächtigt und regiert schärfer, erbarmungsloser, gewaltthätiger als je ein Cäsar. Die vom Volke gewählten Räthe, das letzte Ueberbleibsel des allgemeinen Stimmrechts hat er weggejagt, Commissare zur Vollstreckung seines allgewaltigen Willens ernannt. Aber Alles hat seine Grenzen. Was den gewaltthätigen mandatlosen Advokaten in den Augen seines Volkes und der Welt allein zum großen Manne machen, mindestens ihn an der Macht erhalten könnte, fehlt ihm. Das ist der Erfolg. Wer Alles sein, den Krieg lenken will wie den Frieden, der muß nachweisen, daß er dazu auch die außerordentliche Begabung, daß er wirklich ein Recht auf solche unerhörte Ausnahmestellung besitzt. Das kann Gambetta nicht und damit sinkt er in das Nichts zurück, wenn nicht ein schneller schöner Tod versöhnend und verklärend sein meteorengleiches Dasein abschließt. Die Zahl der Unzufriedenen und der Mißtrauischen vermehrt sich in schneller Progression, die Auflösung der Generalräthe führt alle intelligenten, um ihren Besitz besorgten, friedliebenden Kreise ihnen zu, ihnen gesellen sich die wahren und falschen Freunde des allgemeinen Stimmrechts, die jetzt leicht beweisen können, daß das Volk unter Napoleon freier zum Wort gelangt sei als heute. Diese Gegner wiegen qualitativ nicht schwer. Schlimmere, gefährlichere sind dem Dictator erwachsen in jenen ehrlichen nüchternen Republikanern, welche die eigenmächtige und dabei unfähige Gewalt stürzen, an ihre Stelle eine vom Volke delegirte, befähigtere setzen, die der Weiterführung des Kampfes gegen die Invasion nicht entgegen sind, sondern nur den usurpirenden Führer beseitigen wollen. Die Gegensätze des Selbstbestimmungsrechts und der Dictatur erscheinen auf der Bildfläche und rüsten sich zum Kampf, in dem der Dictator unterliegen muß. Pierre Lanfrey, ein reiner, nüchterner Republikaner, richtet eine Anklage voll vernichtender Schärfe wider Gambetta, seine Unfähigkeit, seine Ueberhebung. Auch er will keinen unehrenhaften Frieden, aber er will, daß das Volk sich seine Regierung wähle. „Sollen wir etwa warten, daß Alles verloren gegangen ist, ehe wir anerkennen, daß wir den größten Mißgriff thaten, als wir diesem Advocaten die Leitung des Krieges anvertrauten? Wir hatten drei Monate Frist, um eine solide Armee zu organisiren: die Elemente wollten nur disciplinirt sein. Aber man zog es vor, enorme Quantitäten Menschen zusammen zu bringen, die nicht bewaffnet, equipirt und ernährt werden konnten. Man vernichtete das Vertrauen der Soldaten durch die unmotivirte Absetzung ihrer Führer. Aus Journalisten dritten Ranges machte man Armeechefs, unsere Finanzen überlieferte man Abenteurern; die wichtigsten Aemter vertraute man politischen Zigeunern an, die Pacte mit dem Tode schlossen, in Wahrheit aber nur einen Pact mit ihrer Gage geschlossen haben. Niemals hat man dem Lande die Wahrheit über seine eigene Lage gesagt. Europa wußte schon drei Tage lang die traurige Capitulation von Metz, als man uns noch von glücklichen Ausfällen Bazaines vorschwatzte. Man erzählte uns von Ausfällen aus Paris, die nie anderswo, als auf dem Papiere existirt haben; man ließ Truppen auf geographischen Punkten figuriren, wo es nie welche gegeben hat. Der Rückzug der Loire-Armee wurde zu einer fein ersonnenen strategischen Bewegung gemacht, um den Feind nachzulocken; die Räumung von Tours war eine schon vor zwei Monaten beschlossene Maßregel. Die Lecture dieser Bulletins, eingeweiht durch die famose Geschichte von den drei Särgen, wird einmal höchst ergötzlich sein. Es ist die höchste Zeit, diesem Regime der Willkür, Unwissenheit, Heuchelei, Unfähigkeit ein Ende zu machen, die höchste Zeit, daß die Nation durch Männer repräsentirt wird, die sie ihrer würdig erachtet. Frankreich hat viele Dictaturen über sich ergehen lassen, aber eine, die es lange nie geduldet hat, ist die Dictatur der Unfähigkeit." So spricht ein Republikaner, ein reiner Character, ein geistvoller, dem napoleonischen Cäsarismus todfeindlicher Schriftsteller. Es ist das die Sprache der Charakterfestigkeit, des erwachenden Bewußtseins der Nation, die in ihrem Elend sich aufbäumt gegen das selbstmörderische Hinschlachten ihrer Söhne, die angsterfüllt an einen Frieden denkt, wie ihn das darniedergeworfene Frankreich sich jetzt bieten lassen muß. Deshalb erheben Republikaner wie Lanfrey jetzt ihre Stimmen, um den Unfähigen zu stürzen. Das Vaterland steht ihm höher als der Gesinnungsgenosse und er scheut sich nicht die Wahrheit laut und offen zu bekennen, indeß Viele in Deutschland auch heute noch verblendet genug sind, in Gambetta den großen Mann zu bewundern.

Deutschland.

✱ Berlin, 16. Jan. Herr v. Mühler fühlte sich sichtlich als der populärste aller Minister. Er hat Recht, denn keiner seiner Collegen dürfte sich einer so großen Majorität, dürfte sich der Stimmen aller Polen und Ultramontanen so zuversichtlich erfreuen, als er. Auch in der heutigen Kammer, wo selbst die Rechte schwieg, waren die Katholiken, d. h. natürlich immer nur die katholische Partei im Parlament, mit der zusammengeworfen zu werden die meisten Katholiken sich wohl verbitten würden, seine treueste, festeste Stütze. Arm in Arm mit seinen seelenverwandten Freunden gehend, ihrer Stütze gewiß, findet der Herr Minister denn auch wohl den Muth zur Veröffentlichung seines Briefes an den Senat der Akademie der Künste. Darin führt er aus, daß eine Venus ganz in der Nähe der Mater Dolorosa von Berlat die Blicke aller Besucher „herausgefordert", sein Bedenken erregt und er deshalb eine Umhängung angeordnet habe. Aber o Schrecken! nicht nur diese Weisung blieb unbefolgt, bei späterem Besuche hatte man noch in denselben Saal eine nackte Callisto unter ein Christusbild gehängt, welches mit Händen auf die gefallene Gespielin der Diana wies. Zornentbrannt hat dann Herr v. Mühler selbst das Hängegeschäft angeordnet. Und nun giebt er für die Zukunft seine Wünsche zu erkennen. Herr v. Mühler, der dann hoffentlich nicht mehr Cultusminister ist, will, daß künftig nicht nur der Name des Künstlers und nicht die technische Vollendung der Ausführung allein über die Würdigkeit zur Aufnahme entscheiden, sondern daß auch der Gegenstand des Kunstwerks, der sittliche Gehalt desselben wesentlich in Betracht kommt. Die Akademie sei dazu berufen, Trägerin und Pflegerin eines „guten Geschmacks" zu sein, sie müsse also auch das Unzulässige von dem Zulässigen sondern. Bezüglich der Anordnung will der Herr Minister, dessen Verständniß für Malerei wohl ungefähr auf gleicher Höhe mit seinem musikalischen steht, die Bilder nicht nach ihrem Werthe und ihrem Bedürfniß nach Licht rc., sondern nach ihrem Inhalt placirt sehen. Das Studium „des nackten Fleisches" soll, wenn überhaupt angenommen, nicht in einer anspruchsvoll hervortretenden Weise aufgehängt werden, für das spezifische Christenthum scheint Hr. v. Mühler Extrazimmer zu wünschen, in denen es der Berührung mit diesem nackten Fleische nicht ausgesetzt ist. Ob Mackart den Vortritt haben solle oder Berlat, das vergißt der Herr Minister zu sagen. Wir überlassen Herrn von Mühler gern der Hänge-Commission, die hoffentlich nicht zögern wird ihrerseits ein Wort zur Sache zu sagen. Aber wir bedauern die armen Griechen, die, der Disciplin des preußischen Cultusministers noch nicht unterworfen, im Studium des Nackten, der schönsten Bildung innerhalb der gesammten Schöpfung ihre größte und würdigste Aufgabe fanden. Wir bedauern auch die italienischen Maler, die treuen Diener der katholischen Kirche, welche von Masaccios Adam und Eva an die Darstellung des Nackten in höchster Vollendung anstrebten. Der heilige Sebastian würde am Ende doch noch eher in die Gesellschaft der unkeuschen Callisto passen, als in das streng christliche Extrazimmer. So soll denn nicht allein die Wissenschaft, sondern auch die Kunst umkehren, wenn nicht Herr v. Mühler selbst sich dazu entschließt. Unsere einzige Hoffnung bleibt sonst nur noch Herr Leonhardt, dem die „Kölnische Zeitung" das Cultusministerium übergeben möchte. Das preußische Cultusministerium, sagt das rheinische Blatt, hat sich in seinen Verwaltungsmaximen nicht mehr sowohl als ein die Cultuszwecke förderndes und bevormundendes, wie als ein über den genügenden Schutz der Rechte der Cultusgemeinde, den öffentlichen Frieden zwischen den Religions-Gemeinschaften gegen einander wahrendes Staaats-Amt zu betrachten. Zufolge dieser berichtigten Aufgabe wäre demnach nunmehr das Cultus-Ministerium am besten mit dem Justiz-Ministerium zu verbinden, wie das in dem katholischen Frankreich seit lange hergebracht ist. Der preußische Unterrichts-Minister würde eine viel freiere und innigere Stellung zur Schule einnehmen, wenn er mit den geistlichen Angelegenheiten und den geistlichen Herren nicht mehr so viel zu thun hätte. Er würde viel mehr auf die pädagogischen Fachmänner hören und sich ihrer bei der Schulverwaltung viel mehr bedienen, wenn ihm die kirchlichen Fachmänner nicht so viel in den Ohren lägen. Und dagegen der Justiz-Minister als Schützer und Wächter für das Kirchenwesen und insofern als Cultus-Minister bestellt, würde einestheils die Selbstständigkeit der Kirchen und die Religionsfreiheit viel weniger durch Bevormundungsgelüste gefährden und zugleich auch anderntheils gegen Uebergriffe des Clerus auf dem Wege vorwiegend gerichtlicher Zügelung viel kraftvoller und wirksamer einschreiten können, als ein mit mehr polizeilichen Verwaltungsformen und mit dem Verdachte eines größeren administrativen Willkür-Spielraumes behafteter Cultus- und Unterrichts-Minister heutiger Art. — Da würde denn Hr. v. Mühler auch wohl als Unterrichts-Minister keine ihm passende Stelle mehr finden. Auch die „Schles. Ztg." verlangt lebhaft nach einem Personenwechsel an der Spitze unseres Cultus- und Unterrichts-Ministeriums. Sie will ebenfalls in Bezug auf das Ministerium noch einen Schritt weiter gehen. Es regt sich in ihr schon lange der Zweifel, ob nicht die gesammte Organisation dieses Ministeriums eine verfehlte, ja, eine dem Geiste unserer Verfassung widersprechende, ob sie nicht eben eine solche ist, welche „dem Manne" an seiner Spitze eine correcte, dem Geiste der Verfassung entsprechende Haltung, wenn auch nicht unmöglich macht, doch sehr erheblich erschwert. Wir meinen, die bestehende Gliederung unserer preußischen Staatsverwaltung in die verschiedenen Ministerien ist keine glückliche und namentlich die Zusammenfassung des Cultus- und Unterrichts-, des Kirchen- und Schulwesens in Einer Hand ist eine ganz verkehrte und unzuträgliche, nur aus einer längst unzutreffenden, billig schon durch den Geist der Verfassung beseitigten früheren Anschauung hervorgegangen.

— Die Matrikelcommission des Herrenhauses hat ihren Bericht erstattet, dem wir folgendes entnehmen: **Berechtigungen auf Sitz und Stimme sind gegenwärtig vorhanden mit Erblichkeit 93, auf Lebenszeit 226, zusammen 319. Von diesen ruhen zur Zeit die Stimmen a) von erbberechtigten Mitgliedern 26, b) von den zur Präsentation berechtigten Körperschaften 18, c) von den Inhabern der großen Landesämter 2, zusammen also 46. Es sind wirkliche Mitglieder vorhanden 273, davon sind bisher in das Herrenhaus nicht eingetreten 12. Es sind also eingetreten 261, ein Mitglied mehr als in der vorigen Session.**

— Aus Versailles sowohl wie aus dem sächsischen Hauptquartier stellen die verschiedenen Correspondenten englischer Blätter eine bedeutende Verstärkung des Feuers für die nächsten Tage in Aussicht. Unter dem 10. Januar wird gemeldet, daß nicht nur Granaten, sondern auch Raketen in die Hauptstadt hineingeworfen wurden. Paris war während der Nacht vom 8. zum 9. an mehreren Stellen in Brand, und gegen 10 Uhr Abends, sowie während der nächsten 2 Stunden wurde ein recht lebhaftes Feuer unterhalten, bei welchem die Feuersbrünste, den Artilleristen der deutschen Süd- und Südwest-Batterien vortreffliche Zielobjekte lieferten. Sämmtliche deutsche Batterien sind mit Munition für 18 Tage versehen. Die Artillerie- und Ingenieuroffiziere sind der Ansicht, daß die Stadt fallen werde, ehe dieser Vorrath, der übrigens noch jeden Tag bedeutend verstärkt wird, erschöpft ist. Was die Batterien zu leisten vermögen, läßt sich annähernd aus der Angabe schließen, daß mit dem heutigen Feuer der Munitionsvorrath über einen Monat vorhalten würde.

Cassel. Louis Napoleon hat sein „Buch über den Vergleich der preußischen mit der französischen Heeresorganisation" beendet und soll dasselbe, wie man sagt, demnächst der Oeffentlichkeit übergeben werden. Welchen praktischen Nutzen derartige Betrachtungen jetzt noch für den ehemaligen Beherrscher Frankreichs haben können, ist nicht leicht einzusehen; ein vergleichendes Studium nach dieser Richtung hin wäre vor dem Ausbruch des unglückseligen Krieges jedenfalls besser angebracht gewesen.

Hannover, 16. Jan. Vorgestern ist der frühere Redakteur der „D. Volksztg." Eichholz nach längerem Leiden gestorben. Bekanntlich hatte General Vogel v. Falckenstein die „D. Volksz." bald nach Beginn des Krieges unterdrückt und Eichholz längere Zeit in Lötzen gefangen gehalten.

Oesterreich.

Wien. Vor Kurzem wurde bei Raab ein Dampfschiff polizeilich angehalten, welches eine Ladung von 3500 Chassepots nebst 2 Mitrailleusen enthielt. Diese Ladung sollte angeblich in Bayern aufgegeben und nach Bukarest bestimmt sein. Die Untersuchung stellte jedoch heraus, daß die bedenkliche Fracht in Wien aufgegeben war. Vor einigen Tagen belegte die Wiener Polizei mehrere große Kisten, welche Chassepots enthielten, mit Beschlag, als sie auf ein Donaudampfschiff gebracht werden sollten, und auf der Westbahn wurden 13,000 Chassepots confiscirt, welche als „Maschinenbestandtheile" declarirt, von dort auf die Südbahn übergehen sollten, um durch Oberitalien nach Frankreich befördert zu werden. Dieselben scheinen zu den „Lebensmitteln" zu gehören, welche der „Maire von Bordeaux" vor einiger Zeit während seiner Anwesenheit in Wien bestellt hat. Man vermuthet jetzt, daß dieser Maire ein von Gambetta hierher gesendeter Artillerieofficier war. Die Chassepots stammten aus der Gewehrfabrik in Steyr, welche der k. k. Armee die Werndl-Hinterlader geliefert hat. Die Regierung hat die strengste Untersuchung gegen die Waffenfabriks-Gesellschaft, in deren Besitz sich die Steyr'schen Werke befinden, eingeleitet und vorläufig jede weitere Fabrikation von Chassepots untersagt. Dieser Vorfall ist dem Ministerium um so unangenehmer, da eben über die Modalitäten berathen wurde, unter welchen den österreichischen Waffenfabrikanten der Export nach neutralen Ländern, namentlich dem Orient, gestattet werden sollte.

Lemberg, 10. Jan. Am letzten Sonntag fand hier endlich die seit Wochen vom demokratischen Verein angekündigte Volksversammlung statt, die der Polizei so viele Scrupel gemacht hatte. Es hatten sich etwa 3000 Theilnehmer eingefunden, die eine sehr animirte Stimmung kundgaben. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Angelegenheit der Organisation der Galizischen Landwehr. Der in Betreff dieser Angelegenheit gefaßte Beschluß geht dahin, den Kaiser in einer Petition zu bitten, die sofortige Organisation der Galizischen Landwehr nach dem Vorbilde der ungarischen Honveds zu befassen und polnische Uniform und polnisches Commando für sie zu gestatten. Einen nicht minder kriegerischen Character hatte die Debatte über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, betr. die Kundgebung der Sympathien für die um ihre Existenz kämpfende französische Republik. Die Spitze dieser mit großer Lebhaftigkeit geführten Debatte war mit schneidender Schärfe gegen die deutsche Nation und besonders gegen Preußen gerichtet. Alle Schlechtigkeiten, die einer Nation von ihrem boshaftesten Feinde nur aufgebürdet werden können, sagte das Vorstandsmitglied des demokratischen Vereins, Romanowicz, der deutschen Nation nach. Er warf ihr niedrigen Knechtssinn, unersättliche Ländergier, brutale Eroberungssucht und barbarische Kriegführung vor, stellte das Streben nach der Deutschen Einheit als durch eine Intrigue der despotisch gesinnten deutschen Fürsten hervorgerufen dar und drohte Preußen und Deutschland mit der Rache aller civilisirten Völker. Die Versammlung nahm einstimmig die proponirte Resolution an: „Die Versammlung spricht der französischen Nation feierlich die Sympathien des polnischen Volkes aus." Eine zweite Resolution, welche die Anerkennung der französischen Republik durch Oesterreich verlangte, durfte wegen polizeilichen Verbots nicht zur Debatte gestellt werden. (Ost.-Ztg.)

England.

Nach der Einnahme von Paris — telegraphirt der Berichterstatter der „Times" aus Berlin — wird die deutsche Armee noch einige Provinzen mehr besetzen, und dann den Angriff der Truppen erwarten, welche allenfalls in den übrigen Departements organisirt werden. Der Gedanke, ganz Frankreich zu besetzen, scheint aufgegeben. Die Versuche der französischen Regierung, im Auslande eine neue Anleihe aufzutreiben, sind einstweilen erfolglos geblieben. — Die Eingänge zu den Pariser Catacomben werden bewacht, um das Eindringen von Preußen in die Stadt zu verhindern. — Den Wählern von Greenwich hat Gladstone einen kurzen Brief von der Hand seines Secretärs zukommen lassen, in welchem gesagt wird, daß der Mangel an Sympathie zwischen ihm und seinem Wahlbezirk, wie er unlängst auf einem Meeting hervorgehoben wurde, nur scheinbar, nicht aber wirklich sei. Der conservative „Standard" bringt eine vom 25. April 1867 datirte Note von Drouyn de Lhuys, in welcher der wahrscheinliche Verlauf der luxemburger Frage erörtert und gerathen wird, die Sache ruhen zu lassen und sich aufs Abwarten zu verlegen. Geschehe das nicht, dann werde man schließlich dahin gelangen, daß erstens Frankreich statt eines zeitweiligen Verbotes, sich Luxemburg anzueignen, unter ein dauerndes Verbot gestellt werde, und daß zweitens in einem solchen Falle Frankreich das Ländchen nicht Preußen allein, sondern dem ganzen vereinten Europa im Widerspruch mit den selbst eingegangenen Verpflichtungen streitig zu machen habe. Ob Drouyn de Lhuys besorgt um seinen guten Namen für die Vergangenheit ist oder auch an zukünftige Möglichkeiten denkt, ist schwer zu sagen.

Frankreich.

Paris, 3. Jan. Man gewöhnt sich an Alles, selbst an die Bomben; sie verursachen mehr Lärm als Schaden. Allerdings kommt hin und wieder ein Unglück vor. So hat eine der ersten Bomben, welche auf dem Mont-Avron fiel, eine traurige Berühmtheit erlangt. Es saßen neun Personen gerade bei Tisch: Heintzler, Commandant des 6. Bataillons der Mobilgarde, seine Frau, verschiedene Officiere, der Feldkaplan und der Arzt des Bataillons. „Parbleu!" sagte lachend einer der Offiziere, „es fehlt uns jetzt nur eine Bombe, um statt der Butter, die uns fehlt, servirt zu werden." In demselben Augenblicke prasselte das Dach und das Ungethüm platzte mitten auf den Tisch. Sechs der Gäste blieben todt, Herr und Frau Heintzler wurden verwundet und einzig der Arzt und der aufwartende Diener kamen mit heiler Haut davon.

Das „Journal des Debats" faßt die Situation in folgenden Worten zusammen: „Entweder werden wir bombardirt von den Preußen oder guillotinirt von den Rothen. Wir sind am Anfang des Endes angekommen. Die Illusion muß verschwinden, da unsere Lebensmittel zur Neige gehen." Eine dem „Journal de Bruxelles" aus Bordeaux zugegangene Correspondenz zeigt, daß man dort die Lage von Paris ebenso auffaßt. Das Wort Waffenstillstand sei daher in Aller Munde. Man suche nach dem Führer einer großen Friedenspartei in Paris und außerhalb desselben. Die extremen Journale „Siècle" und „Gironde" greifen deshalb schon Ernest Picard aufs Heftigste an, weil er Friedens-Ideen zuneige. Nachrichten aus Paris schildern die Hauptstadt als erschöpft an Lebensmitteln und an patriotischer Hingebung, so daß die Uebergabe bevorstehe, ehe selbst die Preußen noch die Hauptstadt ins Herz getroffen hätten.

Italien.

Rom. Die auf den 11. Jan. erwartete Ankunft des Kronprinzen ist auf unbestimmte Zeit vertagt. Unsere Weihnachtsbescherung findet hier herkömmlich in der Epiphaniasvigilie statt; diesmal änderten sich die Rollen, ein Chor von Knaben und ein Chor von Mädchen zarten Alters, alle den noch treu anhängenden Familien (Barberini, Orsini, Colonna, Rospigliosi, Altieri, del Drago rc.) angehörig, überbrachten Sr. Heiligkeit den aus ihren Geschenken gelösten Geldertrag als Befana. Der Greis wurde durch verschiedene Zwischenfälle bei der Bescherung tief gerührt er entließ die Kinder mit väterlichen Ermahnungen und Confetti.

Danzig, 18. Januar.

* [Stadtverordnetenversammlung am 17. Januar.] Stellvertretender Vorsitzender Hr. O. Steffens. Vertreter des Magistrats die HH. Bürgermeister Dr. Lintz und Stadträthe Damme und Olschewski. Vor der Tagesordnung genehmigt die Versammlung einen als dringlich eingebrachten Antrag des Magistrats, dem Pächter Wannow zu Neukrügerskampe eine auf dem dortigen Grundstück stehende devastirte Kathe zum Abbruch und zur Benutzung des Holzes aus derselben gegen 10 Rℓ. zu überlassen. Hrn. Stadtverordn. Spalding wird bis Mitte Februar c. Urlaub ertheilt. — Die am 28. Dec. pr. vorgenommene extraordinäre Revision des Leihamts hat zu keinem Monitum Veranlassung gegeben. — Die Verpachtung des sog. kleinen Sandhakens bei Kahlberg an den Eigner Rittker aus Kahlberg auf 3 Jahre gegen 4 Rℓ. jährlichen Pachtzins wird genehmigt. Etat über die Revenuen vom Capitalvermögen pro 1871. (Ref. Hr. Prof. Troeger.) Die Revisions-Commission hat gegen diesen Etat keinen Einwand gemacht und beantragt, denselben wie im Project festzustellen: Tit. I. An Zinsen aus dem Capitalfonds 20,989 Rℓ. 12 Sgr. 9 ₰, Tit. II. An Zinsen des Fonds zur Errichtung einer freien Niederlage auf dem Packhofe 350 Rℓ., Tit. III von Capitalien bei Privatpersonen 43 Rℓ. 15 Sgr., in Summa auf 21,382 Rℓ. 27 Sgr. 9 ₰. Die Versammlung beschließt nach dem Antrag der Commission. Etat über Verzinsung und Tilgung der Kämmereischulden pro 1871. (Ref. Hr. Stattmiller.) Auch gegen diesen Etat hat die Commission nichts einzuwenden und wird derselbe wie projektirt festgestellt: 1) Aeltere Kämmereischulden 7285 Rℓ., 2) neuere Kämmereischulden laut Privilegium vom 14. Jan. 1850: 4979 Rℓ., 3) Anleihe der 1,300,000 Rℓ. laut Privilegium vom 23. October 1869: 65,000 Rℓ., 4) Zinsen von Hypothekenschulden 46 Rℓ. 12 Sgr. 10 ₰, 5) 1 % zur Ansammlung für aus dem Capitalvermögen der Stadt entnommene Beträge 1706 Rℓ., in Summa auf 79,016 Rℓ. 12 Sgr. 10 ₰. — Etat der Straßenreinigung pro 1871. (Ref. Hr. Behlow.) Projectirt ist derselbe in Einnahme auf 4512 Rℓ. 3 Sgr. 6 ₰, in Ausgabe auf 17,300 Rℓ. — Die Commission schlägt vor: Einnahme: 1) bei Tit. I. die contraktliche Verwerthungssumme des Gemülls mit 1725 Rℓ. zum Ansatz zu bringen, also mehr 132 Rℓ.; 2) dasselbe zu thun bei Tit. II. für Stalldünger, was ein Mehr ergiebt von 4 Rℓ. 27 Sgr. 6 ₰. Darnach empfiehlt sie den Etat in Einnahme zu normiren: Tit. I. für Gemüll auf 1725 Rℓ., Tit. II. für Stalldünger 144 Rℓ., Tit. III. von der Feuerwehr Fixum für gestellte Gespanne 1130 Rℓ., Tit. IV. für geleistete Baufuhren 1632 Rℓ., Tit. V. Wohnungsmiethe von dem Schirrmeister 18 Rℓ., in Summa auf 4649 Rℓ. — Ausgabe: Die Commission beantragt, die Sätze für Hafer, Heu und Stroh mehr den wirklichen Preisen entsprechend zu normiren, und zwar die Ration pro Tag und Pferd: 4½ Metzen Hafer à 33 Sgr. pro Scheffel auf 9 Sgr. 3⅜ ₰, 9 ℔. Heu à 23 Sgr. pro Ctr. auf 2 Sgr. 21/25 ₰, 6 ℔. Stroh à 6 Rℓ. pro 1200 ℔. auf 10⅘ ₰, also in Summa auf 12 Sgr. 3 3/200 ₰ zu normiren; daher pro Pferd jährlich 149 Rℓ. 1 Sgr. 8 ₰, dazu für Hufbeschlag 11 Rℓ., für Thierarzt 1 Rℓ. 12 Sgr. 10 ₰, Medizin 12 Sgr., in Summa auf 161 Rℓ. 26 Sgr. 6 ₰, und für 35 Pferde auf 5665 Rℓ. 27 Sgr. 6 ₰ gegen das Etatssoll, welches 5588 Rℓ. 10 Sgr. verlangt, also mehr 77 Rℓ. 17 Sgr. 6 ₰. Sie beantragt demgemäß die Ausgabe zu fixiren auf Tit. I. Unterhaltung der Pferde 5665 Rℓ. 25 Sgr. 6 ₰, Tit. II. Arbeitslöhne 6546 Rℓ., Tit. III. Löhne der Beamten 876 Rℓ., Tit. IV. Bekleidung 559 Rℓ., Tit. V. Abnutzung und Ersatz 500 Rℓ., Tit. VI. Reparaturen und Unterhaltung an Wagen, Geschirren ꝛc. 1100 Rℓ., Tit. VII. Hilfsfuhren ꝛc. 192 Rℓ., Tit. VIII. Beleuchtung ꝛc. 60 Rℓ., Tit. IX. Reinigung in den Vorstädten 400 Rℓ., Tit. X. für Reinigung der Straßen und Plätze ꝛc. 1450 Rℓ., Tit. XI. ad extraordinaria 28 Rℓ. 20 Sgr., in Summa auf 17,377 Rℓ. 17 Sgr. 6 ₰. Die Versammlung acceptirt die Vorschläge der Commission und die genannten Summen. — Etat der Wachtmannschaft pro 1871. (Ref. Hr. Behlow.) Der Ausgabe-Etat ist projectirt: Tit. I. Gehälter 13,880 Rℓ., Tit. II. Bekleidung 1842 Rℓ., Tit. III. für Vertretung 42 Rℓ. 3 Sgr. 8 ₰, Tit. IV. zur Bestreitung unvorhergesehener Ausgaben in der Stadt 21 Rℓ., in den Vorstädten 19 Rℓ. (Sa. 40 Rℓ.), Tit. V. Prämienfonds 115 Rℓ., in Summa 15,919 Rℓ. 3 Sgr. 8 ₰. Die Commission beantragt bei Tit. IV. die Summe statt auf 40 Rℓ. nur auf 20 Rℓ. festzustellen, da bei diesem Titel die Istausgabe niemals erreicht worden ist; die übrigen Titel werden zur Genehmigung vorgeschlagen. Die Ausgabe beläuft sich hiernach auf 15,899 Rℓ. 3 Sgr. 8 ₰. Die Versammlung stellt den Etat nach den Commissionsanträgen fest. — Etat über Unterhaltung der Lindenallee und Plantagen über 1871. (Ref. Herr Suffert.) Dieser Etat ist projectirt: Tit. I. Gehälter 435 Rℓ., Tit. II. Unterhaltung der Anpflanzungen in der Stadt und den Außenwerken 195 Rℓ. (Irrgarten 50 Rℓ., Buttermarkt 25 Rℓ., Holzmarkt 5 Rℓ., Kohlenmarkt 5 Rℓ., Zuchthausplatz 10 Rℓ., Niederstadt 60 Rℓ., Langgarten 10 Rℓ., Neugarten 10 Rℓ., vor dem hohen Thor 5 Rℓ., auf Kneipab 5 Rℓ., Promenade Gasanstalt 5 Rℓ., Legethor nach Bahnhof 5 Rℓ.), Tit. III. Lindenallee und Gräben 100 Rℓ., Tit. IV. sonstige Anpflanzungen außerhalb 106 Rℓ., Tit. V. Baumschulen 20 Rℓ., Tit. VI. Insgemein (Gärtnerarbeiten, Pflänzlinge, extraordinaria) 259 Rℓ.; in Summa 1115 Rℓ.. Die Commission beantragt, die Position 3 im Tit. I. (120 Rℓ. zur Disposition für Arbeiterlöhnungen auf Tit. VI. zu übertragen und beantragt ohne weitere Einwendungen den Etat nach dem Project in Summa auf 1115 Rℓ. festzustellen. Die Versammlung giebt hiezu ihre Zustimmung. — Etat für die allgemeine Armenverwaltung der Stadt pro 1871. (Ref. Hr. O. Helm.) Die Commission beantragt 1) den Einnahme-Etat dem Project gemäß festzustellen: Tit. I. An Zinsen von zinsbar belegten Kapitalien 93 Rℓ. 18 Sgr. 9 ₰, Tit. II. an Strafgeldern 86 Rℓ., Tit. III. an erstatteten Cur-, Verpflegungs- und Beerdigungskosten 4000 Rℓ., Tit. IV. an Zinsen und Renten aus verschiedenen Stiftungsfonds 3835 Rℓ. 21 Sgr. 11 ₰. Tit V. aus der Arbeitshausverwaltung 2465 Rℓ. Tit. VI. Extraordinaria 100 Rℓ., in Summa auf 10,580 Rℓ. 10 Sgr. 8 ₰; — ebenso den Ausgabe-Etat nach dem Projecte zu genehmigen und zwar: Tit. I. für monatliche und jährliche Unterstützungen 34,000 Rℓ., Tit. II. für dergleichen aus Stiftungsfonds 2692 Rℓ. 3 Sgr. 9 ₰, Tit. III. extraordinaire Unterstützungen 3000 Rℓ., Tit. IV. an Reisekosten bei Revision in den Vorstädten 100 Rℓ., Tit. V. für Bekleidung armer Personen einschließlich Kinder 400 Rℓ., Tit. VI. für Renumeration der Armenärzte und Heildiener, für Medikamente, Brillen, Bruchbänder ꝛc., Fuhrkosten, für Impfkosten 6231 Rℓ. 15 Sgr., Tit. VII. für Unterhaltung von Pflegekindern in der Stadt und auf dem Lande, einschließlich der im Johannisstift in Ohra untergebrachten Kinder 5020 Rℓ., Tit. VIII. für Unterhaltung der Kinderdepots 1030 Rℓ., Tit. IX. für Cur- ꝛc. Kosten für auswärts erkrankte, für ortsangehörige Personen 950 Rℓ., Tit. X. für Verpflegung städtischer Armen in der Irren-Anstalt zu Schwetz und damit zusammenhängende Kosten, dergl. in Betreff der in hiesigen Heilanstalten untergebrachten Personen, excl. Beerdigungskosten 9200 Rℓ., Tit. XI. für die Armenpflege in Letzkauerweide (ist nichts in Ansatz gebracht), Tit. XII für Beschaffung von Armensärgen und für Beerdigungskosten 1100 Rℓ., Tit. XIII. für das Arbeitshaus 21,419 Rℓ., Tit. XIV. Zuschüsse für einzelne Institute 15,554 Rℓ. 12 Sgr. 10 ₰, Tit. XV. Extraordinaria 915 Rℓ. 3 Sgr. 4 ₰, in Summa 101,612 Rℓ. 4 Sgr. 11 ₰. Die Versammlung genehmigte nach dem Vorschlage der Commission sämmtliche Positionen des Etats wie vorstehend, vorbehaltlich der etwaigen Abänderungen bei Berathung des Arbeits- und Siechenhauses, sowie des Etats der Armen- und Arbeitsanstalt zu Pelonken und des Kinder- und Waisenhauses zu Pelonken.

* Vom Schwurgericht wurde gestern Nachmittag, nach zweitägiger Verhandlung, der Rittergutsbesitzer Drabandt aus Carlikau wegen wissentlichen Meineids zu 18 Monaten Zuchthaus, wovon indeß 6 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten abzurechnen, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre und dauernder Zeugnißunfähigkeit verurtheilt. Von der weitern Anklage, der Theilnahme an einer vorsätzlichen Brandstiftung, wurde er freigesprochen; eben so wurde sein Complice, Bäckergeselle Gollombiewski von der Anklage auf vorsätzliche Brandstiftung freigesprochen; letzterer wurde sofort in Freiheit gesetzt.

§. Flatow, 16. Jan. In der gestrigen Generalversammlung des Vorschußvereins (eingetragene Genossenschaft) fand die Neuwahl des Vorstandes pro 1871 und die Rechnungslegung für das verflossene Jahr statt. Trotz der ungünstigen, durch den Krieg bewirkten Conjuncturen der letzten Monate constatirt der gegenwärtige Rechenschaftsbericht im Vergleich zu dem des Vorjahres einen wesentlichen Fortschritt. Die Mitgliederzahl hat sich von 156 auf 187 vermehrt; das Guthaben derselben beträgt 953 Rℓ. 24 Sgr. Die Mittel des Reservefonds sind auf 175 Rℓ. 1 Sgr. 7 ₰ angewachsen. Es wurden 644 Darlehen mit zusammen 24,677 Rℓ. 10 Sgr. ausgegeben, welche einen Zinsertrag von 590 Rℓ. 24 Sgr. 5 ₰ lieferten; hiervon gehen ab 147 Rℓ. 21 Sgr. 1 ₰ Tantieme für den Rendanten, 27 Rℓ. 16 Sgr. Geschäftsunkosten und 282 Rℓ. 26 Sgr. 4 ₰ Zinsen für Spareinlagen und aufgenommene Darlehne, so daß die Mitglieder noch immer nach Abzug von 65 Rℓ. 15 Sgr. 4 ₰ zum Reservefonds eine Dividende von 10 % erhalten konnten. Das zeitige Betriebskapital beträgt 5758 Rℓ. 1 Sgr. 2 ₰. Der Verein hat bisher nicht die geringsten Verluste gehabt.

Bekanntmachung.

Nachdem durch den Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 3. huj. bestimmt ist, daß die Auslegung der Wählerlisten zu den bevorstehenden Wahlen zum Reichstage am 19. Januar c. zu beginnen hat, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß vom 19. bis incl. 26. Januar c.

die **Wählerlisten der Stadt Danzig** und der **Vorstädte Altschottland II. Petershagen** und **Schidlitz** mit Attinenzien **im I. Bureau des Rathhauses, Vormittags von 9—2 Uhr,** und

die Wählerliste der Vorstädte **St. Albrecht** und **Pfarrdorf** in der Wohnung des Bezirksvorstehers, Brennereibesitzers J. W. Siemens,

der Vorstadt **Langefuhr** nebst Attinenzien, in der Wohnung des Bezirksvorstehers, Gastwirths Aug. Fr. Schulz in Jäschkenthal,

der Vorstadt **Neufahrwasser,** in der Wohnung des Gastwirths Aschendorf

Mittags von 12—2 Uhr,

zur öffentlichen Einsicht ausliegen.

Wer die Wählerlisten für unrichtig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben schriftlich uns anzeigen, oder bei dem von uns dazu ernannten Commissar, dem Stadt-Secretair Ebel zu Protokoll geben und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorität beruhen, beibringen.

Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind, und zwar kann, da die Stadt und die Vorstädte in 30 Wahlbezirke eingetheilt und die Wählerliste nach diesen Bezirken aufgestellt ist, Jeder nur in dem Bezirke zur Stimm-Abgabe zugelassen werden, in welchem ihn die Wählerliste aufführt. Wir empfehlen daher jedem Wähler, sich während der öffentlichen Auslegung der Listen davon Ueberzeugung zu verschaffen, ob und daß er in denselben eingetragen sei, da nach dem Abschluß der Listen durchaus keine Berichtigung mehr vorgenommen werden darf.

Danzig, den 14. Januar 1871.

Der Magistrat. (9395)

Für die hiesige höhere Bürgerschule wird zum 1. Februar cr. ein Lehrer gesucht, der neben tüchtiger Bildung für das Elementarlehrfach auch die Befähigung für den Zeichnen-Unterricht an höheren Lehranstalten durch das Prüfungszeugniß einer Akademie nachweisen kann.

Der jährliche pensionspflichtige Gehalt beträgt 400 Rℓ. Bewerbungsgesuche nebst den entsprechenden Zeugnissen werden bis zum 28. d. Mts. entgegengenommen.

Pillau, den 14. Januar 1871.

Der Magistrat. (9300)

Bekanntmachung.

Die Rector-Stelle an der hiesigen 5klassigen evangelischen Stadtschule ist zum 1. April cr. zu besetzen. Das Einkommen beträgt neben freier Wohnung 428 Rℓ. Candidaten der Theologie, welche womöglich das Examen pro rectoratu abgelegt haben, werden aufgefordert, Meldungen bis zum 10. Februar einzureichen.

Mewe, den 6. Januar 1871.

Der Magistrat. (9065)

Nothwendige Subhastation.

Das den **Christian** und **Renate** geb. **Jablonski-Kropp**'schen Eheleuten gehörige, in Kl. Boelkau belegene, im Hypothekenbuche unter No. 66 verzeichnete Grundstück, soll

am 4. Mai 1871,

Vormittags 10 Uhr,

im Verhandlungszimmer No. 14 im Wege der Zwangs-Vollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 11. Mai 1871,

Vormittags 10½ Uhr,

ebendaselbst verkündet werden.

Es beträgt 0,51 Morgen; das Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks und 1 Sgr. 6 ₰ der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden; der Nutzungswerth, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 12 Rℓ.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und Hypothekenschein können in unserem Bureau V. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Danzig, den 10. Januar 1871.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter. (9357)

Jorck.

Nothwendige Subhastation.

Die dem **Johann Miran** und dessen Ehefrau **Barbara** geb. **Lewandowski**, früher verwittweten **Junski**, gehörigen, in Lamenstein belegenen, im Hypothekenbuche unter No. 38 und 70 verzeichneten Grundstücke, sollen

am 19. Mai 1871,

Vormittags 10 Uhr,

im Zimmer No. 14 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 25. Mai 1871,

Vormittags 10 Uhr,

daselbst verkündet werden.

Es beträgt 6,17/100 Morgen das Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen der Grundstücke; 6,95/100 Rℓ. der Reinertrag, nach welchem die Grundstücke zur Grundsteuer veranlagt worden; der Nutzungswerth, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 8 Rℓ.

Der die Grundstücke betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dieselben angehende Nachweisungen können in unserem Geschäftslokale, Bureau V. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Danzig, den 10. Januar 1871.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter. (9363)

Am 1. Februar cr.,

von 12 Uhr Mittags ab,

sollen auf dem hiesigen Gerichtshofe Pferde, Wagen, Eggen, Häckselmaschinen, Roßwerk, Walze, Bratöfen und andere Gegenstände verauctionirt werden.

Mewe, den 6. Januar 1871.

Kgl. Kreisgerichts-Commission I.

Stadt-Theater.

Freitag, den 20. Januar 1871

Benefiz für Herrn Praeger

Aufruf!

Unsere geehrten Mitbürger haben die Zwecke unseres Vereins im vergangenen Jahre in so freigebiger Weise unterstützt, daß wir unsere Thätigkeit recht vielseitig gestalten konnten, und bei dem Rückblick auf dieselbe gern allen freundlichen Gebern den herzlichsten Dank aussprechen.

Unsere baaren Einnahmen beliefen sich im vorigen Jahre auf 69,891 Rℓ. 18 Sgr. 10 ₰, davon sind dem Central-Comité in Berlin 25,000 Rℓ. überwiesen, und von uns direct verausgabt für die Lazarethe auf dem Kriegsschauplatze u. in der Provinz für Verband- und Erfrischungsstationen, für die mobilen Truppen des 1. Armee-Corps, der 4. Reserve-Division (ostpr. Landwehr) und das Garde-Landwehr-Bataillon Königsberg 40,962 Rℓ. 28 Sgr. 4 ₰, zusammen 65,962 Rℓ. 28 Sgr. 4 ₰, daß unser Bestand am Schluß des verflossenen Jahres sich nur auf 3928 Rℓ. 20 Sgr. 6 ₰ bezifferte.

Die uns in reichem Maße gespendeten Kleidungsstücke aller Art, Erfrischungsmittel ꝛc. sind von uns den Sendungen beigefügt worden, die wir unter Führung von geeigneten Delegirten nach verschiedenen Punkten des Kriegsschauplatzes befördert haben.

Unsere Mitbürger werden es billigen, daß wir weder Geld noch Sachen ansammelten, sondern Alles ohne Säumen in zweckentsprechender Weise für die Lazarethe und die mobilen Truppen zu verwenden suchten.

Hierdurch erklärt sich unser geringer Kassenbestand, der die Möglichkeit einer fortgesetzten ersprießlichen Thätigkeit nicht gewährt, deshalb müssen wir gleich beim Beginnen des neuen Jahres unsere geehrten Mitbürger um weitere Beisteuern bitten, zu deren Annahme die Mitunterzeichneten Stadt-Aeltester Dr. Hensche und Commerzien-Rath Stephan bereit sind.

Die Fortdauer des Krieges in rauher Jahreszeit und die große Ausdehnung des Kriegsschauplatzes machen ein energisches Eingreifen der privaten Liebesthätigkeit gerade jetzt zur heiligen Pflicht und unabweisbaren Nothwendigkeit. Unsere Brüder im Felde ermüden nicht, mit unübertrefflicher Hingebung und Tapferkeit fahren sie fort, die schweren Aufgaben der deutschen Kriegführung gegenüber den äußersten Kraftanstrengungen eines trotz aller Niederlagen noch immer nicht ganz überwundenen Feindes glänzend zu lösen. So dürfen auch wir nicht ermatten in werkthätiger Liebe und Theilnahme für die Verwundeten und Kranken des Deutschen Heeres, dessen Heldenmuthe wir ungeahnte Erfolge und die Sicherheit des heimischen Heerdes verdanken.

Die Provinz Preußen hat bei dem großartigen Liebeswerk, welches mit Beginn des Krieges in ganz Deutschland sich in wahrhaft herzerhebender Weise vollzogen hat, einen rühmlichen Antheil, den sie sich hoffentlich auch für die Folge zu bewahren wissen wird.

Königsberg i. Pr., im Januar 1871.

Der Provinzial-Verein

zur Pflege im Felde verwundeter u. erkrankter Krieger in der Provinz Preußen.

Ober-Präsident **von Horn, Vorsitzender.** Graf **zu Dohna-Schlodien,** Rittergutsbesitzer. **Kieschke,** Oberbürgermeister. **Dr. Graf,** Arzt. **Dr. Hensche,** Stadtältester. Graf **Kanitz.** General-Landschafts-Director. **Dr. Müller,** Arzt. **Dr. Schrader,** Provinzial-Schulrath. **Stephan,** Commerz.- u. Adm.-Rath, Obervorsteher der Kaufmannschaft. **Stelter,** Justizrath. **Dr. Wagner,** Geh. Medic.-Rath und Professor.

Redaction, Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.